

# Das Klima - Abkommen von Paris - WWF-Bewertung und Forderungen an die Klima- und Energiepolitik

## Einführung

Am 12. Dezember 2015 ist in Paris zum ersten Mal ein für alle Staaten verbindliches Klimaabkommen verabschiedet worden. 195 Staaten konnten sich nach 20 Jahren Klimaverhandlungen auf ein langfristiges Klimaziel und Instrumente zu dessen Erreichung einigen. Nach der Ratifizierung durch ausreichend Mitgliedstaaten soll das sogenannte Pariser Abkommen den bisherigen Klimavertrag, das Kyoto-Protokoll, ab 2020 ersetzen.

### Was beinhaltet das Abkommen von Paris?

Das Ergebnis des Klimagipfels besteht aus vier Elementen: erstens, einem völkerrechtlich verbindlichen Abkommen mit der Verpflichtung zu Minderungsbeiträgen (dem sog. Paris Agreement) und zweitens den begleitenden Entscheidungen der Vertragsparteien, den sog. COP-Decisions. Drittens enthält es ein Finanzpaket und viertens die Ergebnisse der Arbeit der sogenannten Lima-Paris Action Agenda, d.h. begleitender Maßnahmen, die auch nicht-staatliche Akteure mit einschließen. Das Abkommen tritt in Kraft, sobald mindestens 55 Länder, die mindestens 55 Prozent der globalen Emissionen darstellen, den Vertrag ratifiziert, d.h. in nationale bzw. regionale Gesetzgebung überführt haben. Die materiellen Zusagen greifen dann ab 2020.

### Was wurde konkret beschlossen?

Das Abkommen zeigt einen langfristigen Weg zum Umgang mit dem Klimawandel auf: Emissionsminderungsanstrengungen und Maßnahmen zur Anpassung an den Klimawandel werden in Zukunft die gleiche Bedeutung haben.

Für die Minderung von Treibhausgas- Emissionen wurde ein **Langfristziel** beschlossen, gemeinsam mit dem Bekenntnis einen Emissionsscheitelpunkt (Peak) so schnell wie möglich zu erreichen. Das Langfristziel besteht in der Verpflichtung die durchschnittliche **Erderwärmung auf „deutlich unter“ 2 Grad Celsius** zu begrenzen, gekoppelt mit dem Bemühen, sie **möglichst auf 1.5 Grad Celsius** zu minimieren, um weitergehende Risiken und Schäden durch den Klimawandel zu vermeiden.

Allerdings würden die bisherigen Minderungszusagen die Welt wahrscheinlich auf einen ca. 2,7-3,5 Grad-Pfad der globalen Erderwärmung bis 2100 schicken mit weitreichenden Konsequenzen für Mensch und Natur, es besteht also weiterhin eine große **Ambitionsücke**.

Um das Langfristziel zu erreichen, soll aber ein sog. **Peak der weltweiten Treibhausgas-Emissionen „so bald wie möglich“** erreicht werden und die **Nettoemissionen<sup>1</sup> in der zweiten Hälfte des Jahrhunderts auf null** reduziert werden.

Die teilnehmenden Staaten verpflichten sich, jeweils einen **nationalen Klimaschutzbeitrag zu leisten**, der mit Umsetzungsplänen (den sog. Nationally Determined Contributions, NDCs) unterfüttert werden soll. Schon vor dem Klimagipfel hatten 188 Länder ihre geplanten Maßnahmen in Form von sog. Intended Nationally Determined Contributions, INDCs eingereicht.

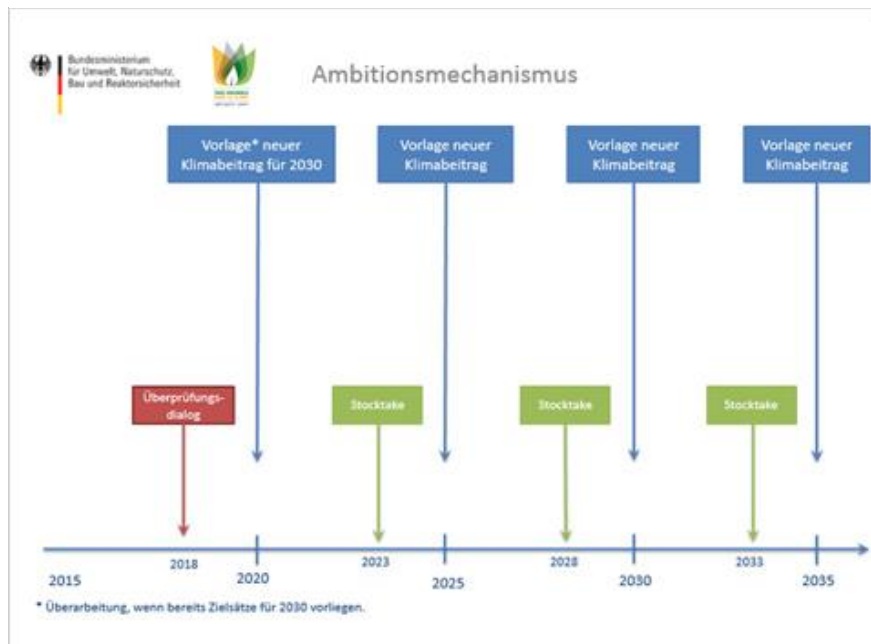
<sup>1</sup> Im Vertragstext ist hier die Rede von einer Balance zwischen Emissionen aus menschenverursachten Quellen und der Aufnahme von Emissionen in sog. Senken.

Jedes Land muss also einen Klimaschutzbeitrag leisten; das gilt sowohl für Industrieländer wie auch für Entwicklungsländer. Die verbliebene Unterscheidung besteht darin, dass nur Industrieländer von Anfang an absolute Minderungsziele gegenüber einem Basisjahr eingehen sollen. Demgegenüber können Entwicklungsländer zunächst auch andere Ziele formulieren, zum Beispiel im Vergleich zu einem Emissionstrend. Zuvor waren nur diejenigen Industrieländer, die das Kyoto-Protokoll ratifiziert hatten, zu Emissionsminderung verpflichtet. Durch Paris wurde diese **Trennung stark aufgeweicht**; mit gewissen Abstufungen sind nun alle Vertragsparteien zu eigenen Beiträgen verbindlich verpflichtet.

Außerdem ist in dem Abkommen ein **Ambitionsmechanismus** verankert. In einem fünf Jahreszyklus müssen die NDCs überprüft und angepasst werden. Dabei sollen die nationalen Ziele jeweils die „höchstmögliche Ambition“ widerspiegeln und dürfen gegenüber dem letzten nationalen Beitrag nur verschärft werden (d.h. sie dürfen nicht gleich bleiben oder abgeschwächt werden). Mit Hilfe dieses Progressionsprinzips soll das Langfristziel trotz der bislang bestehenden Ambitionsücke erreicht werden.

Durch eine regelmäßige, ebenso **fünfjährliche Überprüfung** der aufaddierten Beiträge (einem sog. Stocktake) soll sichergestellt werden, dass die notwendigen Fortschritte in den Bereichen Minderung, Anpassung und Klimafinanzierung auch eintreten. Die Erkenntnisse dieser Stocktakes sollen jeweils bei der Formulierung der nächsten Beiträge von den Staaten berücksichtigt werden. 2018 wird zunächst ein vorbereitender Überprüfungsdialog stattfinden, der einen ersten Überblick über die bis dahin eingereichten Minderungszusagen bieten soll.

**Abbildung 1: Zeitlicher Ablauf des Ambitionsmechanismus**



Quelle: BMUB

Ein weiterer Fortschritt sind die neuen Regelungen zum Thema **Transparenz**: alle Staaten sind nun zur Berichterstattung verpflichtet, mit gewissen Ausnahmen für bestimmte Entwicklungsländer, denen eine ausführliche Berichterstattung aufgrund fehlender finanzieller oder personeller Mittel zunächst nicht möglich ist. Die vorgesehene zweijährige Berichterstattung beinhaltet unter anderem die Meldung von Treibhausgas-Emissionen, Fortschritte bei der Umsetzung der nationalen Minderungsanstrengungen, festgestellte Klimafolgen, Anpassungsmaßnahmen und Finanzierungsströme (sowohl empfangene wie geleistete). Somit gilt erstmals ein gleiches System für alle. Eine technische Überprüfung und die Kontrolle der Berichte durch andere Vertragsparteien sollen es ermöglichen, dass die von den Staaten selbstdefinierten Berichte gemeinsamen Standards genügen.

Die große Bedeutung des **Waldschutzes** und nachhaltigen Landmanagements zu Erhalt und Entwicklung **natürlicher Senken** wird im Abkommen besonders betont. Entwicklungsländer sollen darin unterstützt werden, Emissionen aus Entwaldung und Walddegradierung zu reduzieren und Treibhausgase durch Wiederaufforstung und Pflege von Wäldern zu binden.

Weiterhin ist es erstmals gelungen, ein langfristiges Ziel zur **Anpassung** an den Klimawandel zu beschließen. Die Vertragsparteien erkennen hierin ausdrücklich die Notwendigkeit von Anpassungsmaßnahmen im Rahmen des globalen Minderungsziels an und erklären sich zu verstärkten Anstrengungen und mehr Zusammenarbeit bereit. Die verwundbarsten, ärmsten Entwicklungsländer und Inselstaaten sollen besonders geschützt werden und Entwicklungsmaßnahmen sollen „klimasicher“ ausgestaltet werden.

Für die Verbesserung der Zusammenarbeit im Bereich Anpassung werden detaillierte Vereinbarungen getroffen, z.B. was Informationsaustausch, technische Unterstützung oder die Forschung zu Klimabeobachtungen und Frühwarnsystemen angeht. Die Staaten sollen soweit möglich Anpassungsplanung und Umsetzungsmaßnahmen durchführen und darüber regelmäßig Bericht erstatten. Der schon erwähnte Stocktake wird ebenfalls Anpassungspläne und –maßnahmen einbeziehen.

Das Pariser Abkommen stellt ein Bekenntnis der Industrieländer zu **Klimafinanzierung** sowohl für Minderung wie auch für Anpassungsmaßnahmen dar. Die bisherige Zusage von 100 Milliarden US Dollar pro Jahr wird bis 2025 fortgeschrieben. Für die Zeit ab 2025 soll neues Ziel definiert werden, das mindestens ebenfalls 100 Milliarden US Dollar pro Jahr umfassen soll.

Allgemein sollen mehr Anstrengungen unternommen werden, die notwendigen Mittel zu mobilisieren. Eine Verpflichtung besteht nur für Industrieländer, Schwellenländer werden allerdings ermutigt sich ebenfalls zu beteiligen. Die Details für einen Anpassungsfonds müssen noch beschlossen werden. In einer Vorausschau können Geber ihre geplanten Zusagen vorab regelmäßig veröffentlichen, außerdem enthält der Stocktake (s.o.) auch Berichte über tatsächlich geleistete Beiträge und erhaltene Mittel.

Insgesamt verpflichten sich die Vertragsparteien, Finanzströme in Einklang mit den Zielen des Klimaschutzes zu bringen. Es gibt im Abkommen selbst allerdings **keine konkreten neuen Finanzausgaben**.

Die Staaten konnten auch eine Einigung auf den Umgang mit **Verlusten und Schäden** durch den Klimawandel erreichen. Hier wurde beschlossen, dass der bisherige Mechanismus (der sog. Warschau-Mechanismus zu Loss and Damage) weiterentwickelt wird. Durch ein verbessertes gemeinsames Risikomanagement und einen Fokus auf nachhaltige Entwicklung sollen Schäden möglichst vermieden werden.

Der neue Vertrag bietet die Möglichkeit zu **Kooperation auf internationalen Kohlenstoffmärkten**. Regierungen können hierzu freiwillig eine Zusammenarbeit mit anderen Staaten zur Umsetzung der NDCs eingehen, um so das Ambitionsniveau zu steigern. Es wurde festgelegt, dass bestimmte Regeln die Umweltintegrität der Maßnahmen sicherstellen und z.B. Doppelzählungen vermeiden sollen. Hingegen wurde der Vereinbarung eines globalen CO<sub>2</sub>-Preises weniger Bedeutung beigemessen; dies wurde nicht explizit verankert.

Außerhalb des eigentlichen Abkommens gab es weiterhin hilfreiche **begleitende Initiativen im Rahmen der Lima-Paris Action Agenda**. Ein Beispiel ist eine Initiative von 20 Staaten zum Ausbau von Forschung und Entwicklung für saubere Energietechnologien sowie parallel eine Ankündigung von 28 Milliarden im Rahmen einer „Breakthrough Energy Coalition“, Hochrisikokapital hierfür zur Verfügung zu stellen.

Weiterhin initiierte Indiens Premier Modi zusammen mit Frankreichs Präsident Hollande eine „Global Solar Alliance“ mit 120 teilnehmenden Staaten und Firmen, um 400 Millionen US Dollar Investitionen in Solartechnologien zu mobilisieren. Norwegen, Deutschland und Großbritannien verkündeten fünf Milliarden US Dollar bis 2020 für Tropenwaldschutz in Entwicklungsländern. Wiederum Deutschland, die USA und Großbritannien wollen Mittel in Höhe von 250 Millionen US Dollar für Anpassungshilfen für die ärmsten Länder dieser Welt zur Verfügung stellen.

Die Treibhausgas- Emissionen aus **Luft- und Schiffsverkehr** sind nicht von dem Abkommen abgedeckt. Allerdings werden diese bei der Erreichung des Netto-Null Ziels, also der Balance zwischen Emissionen und Senken, einbezogen werden müssen.

## WWF Bewertung

Paris ist wegweisend in vielerlei Hinsicht: es setzt ein eindeutiges Signal, dass fossile Energien systematisch, schnell und konsequent aussortiert werden müssen, aber auch für eine höhere Priorität von Anpassung an den Klimawandel, Waldschutz und mehr Solidarität durch Klimafinanzierung.

Paris hat die Erwartungen vieler übertrifft. Dass sich alle Staaten nicht nur auf ein weltweites Limit der Erderwärmung auf „**deutlich unter**“ **2 Grad Celsius**, sondern auch auf gemeinsame **Anstrengungen zur Einhaltung eines 1,5 Grad Pfades** einigen konnten, war eine Überraschung. Die herausragende Verhandlungsleitung unter der Präsidentschaft Frankreichs hatte es erreicht, dass auch die verletzlichsten Länder gehört wurden. Erst dadurch ist es gelungen, im Text das 1,5 Grad Limit, eine wichtige Forderung auch der Umweltverbände im Vorfeld, zu verankern. So hat nicht zuletzt der große öffentliche Druck der Zivilgesellschaft zum positiven Ausgang der Konferenz beigetragen.

Das **Ende von Kohle, Öl und Gas** ist nun klar dargelegt und mit einem genauen Zeitrahmen versehen – spätestens in der zweiten Hälfte des Jahrhunderts muss eine vollständige **Dekarbonisierung der Weltwirtschaft** erreicht worden sein. Das heißt Alternativen zur Verbrennung fossiler Energieträger müssen so schnell wie möglich in den Markt integriert werden. Hierdurch bietet das Abkommen von Paris auch ein klares Signal an die internationalen Finanzmärkte: Wer weiterhin in fossile Energieträger investiert, geht hohe finanzielle Risiken ein.

Deutschland befindet sich mit der **Umsetzung der Energiewende** auf einem zukunftsfähigen Pfad. Paris hat gezeigt, dass Deutschland und die EU keineswegs international isoliert sind wie so oft behauptet wird, auf dem Weg weg von fossilen Energieträgern, hin zu Erneuerbaren.

Der Erfolg der größten Klimakonferenz aller Zeiten ist auch eine klare **Stärkung des Multilateralismus** und zeigt: erfolgreiche internationale Kooperation ist möglich. Erstmals ist es in den Klimaverhandlungen gelungen, einen Rahmenvertrag mit Minderungszusagen für alle Länder zu schließen. Die Führungsrolle der Industrieländer im Kampf gegen den Klimawandel wurde in Paris klar unterstrichen, aber die bisherige strikte Aufgabenteilung in Handelnde und Nicht-Handelnde Länder wurde weitgehend überwunden.

Dennoch: Die bisher angekündigten **nationalen Zusagen**, die fast alle Länder der Erde vor dem Gipfel eingereicht hatten, reichen bei weitem noch nicht aus, die Welt auf einen „unter- 2 Grad“, oder gar einen 1,5 Grad Pfad zu bringen. Hier muss nachgebessert werden, wenn die nationalen Ziele und Umsetzungspläne bei dem geplanten Überprüfungsdialog 2018 verglichen werden. Außerdem sind die bisher angekündigten Mittel für die **Klimafinanzierung** bei weitem nicht ausreichend.

Insgesamt ist das Abkommen ein **wichtiger Fortschritt**, der einen politisch anschlussfähigen „bottom-up“ Ansatz national bestimmter Beiträge mit einer automatischen Ambitionssteigerung, gemeinsamen Kontrollen und Transparenzelementen kombiniert. Insbesondere der Ambitionsmechanismus beinhaltet die Chance, durch die regelmäßige Anpassung der nationalen Minderungszusagen und Umsetzungspläne eine Ambitionsspirale nach oben zu erreichen.

Paris ist ein klares Signal für ambitionierten internationalen Klimaschutz - nun gilt es, die Ergebnisse der Konferenz in die Praxis umzusetzen. Nur wenn das in den kommenden Jahren gelingt, hat die internationale Staatengemeinschaft auch Glaubwürdigkeit bewiesen.

## Was muss als Nächstes passieren?

### Im Rahmen der Abkommens

Ab dem 22. April 2016 wird das Abkommen ein Jahr lang beim Klimasekretariat der Vereinten Nationen in New York zur offiziellen Unterzeichnung durch die Vertragsparteien bereit liegen. Der wissenschaftliche Beirat IPCC (Intergovernmental Panel on Climate Change) wird neue Untersuchungen erstellen, die zum Beispiel die Auswirkungen eines 1,5 Grad Pfades betrachten und notwendige Minderungsmaßnahmen prüfen werden.

Der nächste Klimagipfel findet im November 2016 in Marrakesch, Marokko statt. Parallel hierzu hat sich Frankreich bereits dafür stark gemacht, die informellen Koalitionen der Lima-Paris Action Agenda weiter voran zu treiben.

Als einer der ersten Punkte der COP Decisions wird festgestellt, dass bisherige Minderungszusagen für die Zeit bis 2020 (also vor dem geplanten Inkrafttreten des Abkommens) bei weitem nicht ausreichen, um einen Pfad unter 2 Grad oder gar 1,5 Grad Erderwärmung einzuhalten. Diese **Ambitionsücke vor 2020** muss nun dringend adressiert werden.

Definitiv geregelt ist es, dass von allen Ländern **nationale Beiträge** (NDCs) auf Basis der bisherigen vorgesehenen Verpflichtungen erstellt werden. Hierfür können die vorher gemeldeten Pläne durch die Ratifizierung des Vertrags als offizielle Meldung an das Klimasekretariat überführt oder neue Beiträge erstellt werden. Gerade bei den Staaten, die relativ wenig anspruchsvolle oder ungenaue Beiträge abgeliefert hatten, besteht also die Aufgabe nachzuschärfen. Der neue kanadische Premier Trudeau hat schon einen ambitionierteren Beitrag Kanadas angekündigt. Aber auch andere Länder mit hohen pro-Kopf Emissionen wie Australien, Russland oder Japan werden ihre bisherigen Zusagen stark nach oben anpassen müssen, um einen jeweils angemessenen Beitrag leisten zu können.

Die **internationalen Klimafinanzierungszusagen** sind noch zu gering. Die Industrieländer werden aufgefordert, in der Zeit von 2020-2025 die schon zugesagten 100 Milliarden US Dollar pro Jahr zu mobilisieren, hierfür sind weitere Anstrengungen nötig. Bis 2025 soll dann ein neues Klimafinanzierungsziel beschlossen werden. Auch wenn hier nur wiederum 100 Milliarden US Dollar als Mindestziel genannt werden, muss es doch deutlich höher ausfallen. Das Abkommen verlässt sich zu sehr auf Geldströme aus öffentlichen Haushalten der Staaten, um die notwendigen Mittel bereitstellen zu können fehlen allerdings noch innovative Finanzierungsinstrumente. Hier muss nun an einer konkreten Umsetzung gearbeitet werden, zum Beispiel auch an einer Definition, welche Finanzinstrumente angerechnet werden können.

Für den **Waldschutz** wurden ebenso Gelder zugesagt, so zum Beispiel 5 Milliarden US Dollar bis 2020 von Norwegen, Deutschland und Großbritannien. Diese müssen nun effektiv eingesetzt, sowie Finanzierungslücken identifiziert und überbrückt werden. Dazu gehört auch, dass Entwicklungsländer Zugang zu den Geldern haben, die für den sog. REDD+ Mechanismus zur Vermeidung von Emissionen aus Entwaldung bereitgestellt werden, u.a. Mittel aus dem Green Climate Fund. Es ist wichtig, dass die vielen Zusagen zum Wiederaufbau von Wäldern im Einklang mit starken ökologisch und sozialen Kriterien durchgeführt werden.

Ein wichtiger Schritt wird es sein, so bald wie möglich die weltweit immer noch **vorhandenen staatlichen Subventionen für fossile Energieträger zu beenden**.

Das Abkommen bringt erstmals alle Staaten in ein gemeinsames System zur **Berichterstattung**. Die Berichterstattung zu Emissionsminderungen soll an den wissenschaftlichen Standards des IPCC ausgerichtet werden. So kann überprüft werden, inwieweit Länder ihre zugesagten Verpflichtungen einhalten. Diese Regeln müssen nun ausdifferenziert werden.

## In der EU

Die EU hat sich bereits verpflichtet, bis 2050 mind. 80 - 95 Prozent der Treibhausgas- Emissionen einzusparen. Mit dem derzeitigen Ziel der EU bis 2030 eine Minderung der Treibhausgas-Emissionen um mindestens 40 Prozent zu erreichen, befinden wir uns allerdings nicht auf dem notwendigen ambitionierten Minderungspfad. Das heißt, **das europäische Klimaziel für 2030** muss nun verschärft werden, wie es in dem Ziel durch das „mindestens“ schon angelegt ist. Diese Änderung kann dann in einem aktualisierten NDC Beitrag der EU festgehalten werden.

Die Möglichkeit einer Zielverschärfung sollte schon bei der Revision der Emissionshandelsrichtlinie und bei der Ausgestaltung der anstehenden **Verteilung der Minderungsanstrengungen auf die Mitgliedsländer** (der sog. Effort Sharing Decision) berücksichtigt werden. Außerdem sollte die EU ihre Minderungszusagen mit ausreichend ambitionierten Maßnahmen unterfüttern, was sich auf die „Unterziele“ des 2030 Klima- und Energiepakets für die Förderung der Energieeffizienz und Erneuerbarer Energieträger sowie auf die anstehende **Reform des EU Emissionshandels** auswirken wird.

Der WWF fordert eine Anhebung des Klimaschutzziels von 20 Prozent auf 30 Prozent bis 2020 und von 40 Prozent auf 55 Prozent bis 2030. Im Energiebereich fordern wir ein 45 Prozent Ziel bis 2030 für **Erneuerbare Energien** in der EU, sowie die Anhebung des **Energieeffizienz-Ziels** auf 40 Prozent. Die Notwendigkeit für höhere Ziele sollte bei der Überprüfung der entsprechenden Richtlinien in diesem Jahr berücksichtigt werden.

Ebenso muss sichergestellt werden, dass die **Emissionen aus Luftfahrt und Schiffverkehr** im neuen Langfristziel der EU einbezogen werden.

## In Deutschland

Nach dem Erfolg von Paris sollten nun die politischen Rahmenbedingungen angepasst werden, um so ein eindeutiges Investitionssignal geben zu können. Dazu gehört, dass die Energiewendeziele als Mindestmaß konsequent weiter umgesetzt werden und ein Kohleausstieg bis spätestens 2035 erreicht wird. Die Reform des deutschen Erneuerbaren Energien Gesetzes (EEG) muss einen ambitionierteren Ausbau der Erneuerbaren ermöglichen und mittel- bis langfristig muss der Strommarkt so ausgestaltet werden, dass zunehmende Mengen von Erneuerbaren erfolgreich integriert werden können. Ebenso sind weitere Fortschritte bei der Umsetzung des nationalen Energieeffizienz-Plans notwendig.

Die bevorstehende langfristige Klimastrategie der Bundesregierung bis 2050 muss entsprechend gestaltet und in ein nationales Klimaschutzgesetz überführt werden – und zwar unter Mitarbeit aller relevanten Ministerien und mit klarer Unterstützung durch das Bundeskanzleramt: jetzt gilt es für die Bundeskanzlerin ihre Führungsrolle vom G7 Gipfel in Elmau auch zu Hause umsetzen.

## **Zusammenfassung der WWF Forderungen an die deutsche Bundesregierung**

- Die Ziele der deutschen **Energiewende** müssen mindestens eingehalten werden
- ein möglichst schneller **Ausstieg aus der Kohleverstromung** in Deutschland bis spätestens 2035
- die politischen Rahmenbedingungen für ein dekarbonisiertes Wirtschaftssystem bis 2050 in Form eines **nationalen Klimagesetzes** mit einer **integrierten Klimastrategie** schaffen
- der konsequente Wechsel hin zu **Erneuerbaren Energien** durch eine zielführende Reform des EEG und die Weiterentwicklung des Strommarktes 2.0 durch die Einführung von ausgewählten Kapazitätszahlungen
- Die erfolgreiche Umsetzung einer ambitionierten nationalen **Energieeffizienzstrategie**, hier gibt es noch zu viele ungenutzte Potenziale im Bereich Gebäude, aber auch in der Industrie
- Deutschland sollte eine Führungsrolle übernehmen, um die **EU Klima- und Energiepolitik ambitionierter** zu gestalten

- Im internationalen Kontext sollte sich Deutschland für eine ambitionierte internationale Klimapolitik zur Einhaltung eines „unter 2 Grad-Pfades“ einsetzen, z.B. durch die Fortsetzung von **Klimafinanzierungsinstrumenten** und im Rahmen der anstehenden deutschen G20 Präsidentschaft

**Ansprechpartner:**

Regine Günther  
Generaldirektorin Politik und Klimaschutz  
WWF Deutschland  
Reinhardtstraße 18  
10117 Berlin  
Direkt: 030 311 777-223  
Regine.Guenther@wwf.de

Kristin Reißig  
Policy Advisor Klimaschutz- und Energiepolitik  
WWF Deutschland  
Reinhardtstraße 18  
10117 Berlin  
Direkt: 030 311 777-241  
Kristin.Reissig@wwf.de